

Klosterwirt-Kauf: Gemeinde rennt langsam die Zeit davon

Grafath – Die Zeit für die Gemeinde, das Klosterwirt-Area zu kaufen, wird knapp. Die B-bengemeinschaft, der der Grund gehört, hat ihre schürliche Absicht, den Kauf zum Verkauf an die Gemeinde zum 28. Februar gekündigt. Die Erben wollen stattdessen direkt mit der Real Treuhand über der Verkauf verhandeln. Die Real Treuhand war im Konzept vor CSU/FWE als Geschäftsbesorger vorgesehen. Die Anwohnerin über, ob die Gemeinde damit bereits jetzt als Käufer ausscheidet, gehen auseinander.

Bürgermeister Hartwig Hagenuth (BIG) hatte bereits am Montag erklärt, dass ein Kauf durch die Gemeinde

nicht mehr in Frage komme. Bei CSU und FWE war man anderer Ansicht. „Wir haben noch drei Wochen Zeit“, sagte Sigrid Wiedmann, Klaus Nerlich (SPD) warf den CSU- und FWE-Räten darauf Arrroganz und Ignoranz vor. Er bezog sich auf die vom Landratsamt geforderten Voraussetzungen zum Kauf durch die Gemeinde: „Die sind in

den verbleibenden drei Wochen nicht zu erfüllen.“ Mit der 9:8-Mehrheit der CSU und FWE wurde der Bürgermeister beauftragt, weiter Kaufsverhandlungen mit den Erben zu führen. Sämtliche früher gefassten Beschlüsse zum Grundstückskauf, die das Landratsamt teilweise als scheinbar

wurden aufgehoben. Dabei ergab sich ein kurzes Abstimmungsverhalten. CSU und FWE war vom BIG/Grüne/SPD-Flügel vorgeworfen worden, dass sie sich gegen die Aufhebung der Beschlüsse stellen würden. Der Antrag zur Aufhebung kam aber von der CSU-Fraktionssprecherin Katharina Kurz. Bei der Abstimmung sprachen sich schließlich

die fünf Räte gegen die Aufhebung aus – sie kamen aus jenem Flügel, der zunächst die Aufhebung lautstark gefordert hatte.

Zudem wurde beschlossen, dass die Gemeinde die Verkaufabsichten der Erben an die Real Treuhand vorerst nicht unterstützen wird. „Wir sollten lieber die Chancen nutzen und selbst noch einmal

mit den Eigentümern reden“, sagte CSU-Rat Günter Gailinger. Auch hier setzen sich CSU und FWE mit 9:8 durch. Mit der gleichen Mehrheit wurde auch der Vorschlag abgelehnt, dass weitere Kaufinteressenten sich im Gemeinderat vorstellen dürfen. Kurz verwies in diesem Zusammenhang auf das Schreiben der Erben, dass keine Gespräche mit weiteren Interessenten gewünscht werden. Er betonte es als Verstoß gegen die im Grundgesetz ankernte Vertragsfreiheit, wenn die Gemeinde die Erben durch ihr Verhalten zwingt, die Grundstücke an einen der Gemeinde oder dem Bürgermeister gemalten Interessenten zu verkaufen.“

ANDREAS DASCHNER

Schmiererkomödie oder doch ein Schauspiel erster Klasse?

Eine giftige und aggressive Atmosphäre herrscht zwischen den Fraktionen, die in der Klosterwirtsfrage konkurrieren. Roger Struzena (Grüne) bezeichnete es als „Schauspiel erster Klasse“, dass die CSU und FWE keine Gesprächsbereitschaft zeige und Beschlüsse mit ihrer Mehrheit durch-

drücke. Klaus Nerlich (SPD) sprach sogar von einer „Schmiererkomödie“. Für Kopschütteln sorgte indesens Nerlich's Einwurf in Richtung CSU und FWE, er warte immer noch auf initialigen Zeitläge zum Thema Klosterwirt. „Der hat es bislang nicht gegeben.“

Bürgermeister Hartwig Hagenuth fühlte sich vom Vorwurf der CSU-Räte beleidigt, er wolle den Erben einen ihm gehörenden Kaufinteressenten verschreiben. Dies führte zu einem Wortgefecht zwischen Gemeindechef und CSU-Fraktionssprecherin Katharina Kurz.

ac

(Bemerkung v.H. dazu: Bei einigen Darstellungen frage ich mich, ob ich auf der gleichen Veranstaltung war, wie der Korrespondent, oder vielleicht doch auf einer anderen?)

CSU/FW lehnen Klosterwirt-Konzept ab

Fraktionen kritisieren Verkauf an Investor und fordern Einsatz der Gemeinde

Von Manfred Amann

Grafrath ■ Obwohl die betreffende Erbgemeinschaft angekündigt hat, das Klosterwirtareal einem privaten Investor verkaufen zu wollen, halten CSU und Freie Wähler an ihren Plänen fest, dass die Gemeinde das Gelände samt Klosterwirt und denkmalgeschütztem Stadel mittels eines Geschäftsbesorgungsvertrages erwirbt.

Die beiden Fraktionen lehnten in der Ratssitzung am Montag mit ihrer knappen Mehrheit von neun gegen acht Stimmen daher den Vorschlag der Verwaltung ab, die Verkaufsabsicht der Eigentümer an private Investoren zu unterstützen und Vorschläge verschiedener Kaufinteressenten anzuhören. Mit gleichem Stimmenverhältnis wurde Bürgermeister Hartwig Hagenguth (BfG) erneut beauftragt, mit den Verkäufern weiter zu verhandeln. Mit einem Zusatz sollte auch erklärt werden, dass mit diesem Beschluss die früheren, von der Kommunalaufsicht zum Teil als rechtswidrig eingestuften Beschlüsse ersetzt werden.

Dies akzeptierte Bürgermeister Hartwig Hagenguth (BfG) nicht, denn „ohne Aufhebung bleibe ich daran gebunden“. Als CSU/FW einlenkten, wurde in einer Extra-Abstimmung mit einer Mehrheit von zwölf zu vier Stimmen dafür votiert, dass der aktuelle Beschluss zur Weiterverhandlung

die früheren, rechtswidrigen Beschlüsse ersetzt.

Die Gegner des CSU/FW-Vorhabens kritisierten, die beiden Fraktionen würden nicht offen zu ihren Fehlentscheidungen stehen und versuchten, sich nun mit Winkelzügen aus der Affäre zu ziehen. „Das ist ein Trauerspiel“, sagte Roger Struzena (Grüne) und Klaus-Dieter Nerlich (SPD) sprach von einem „Schmierentheater“. Warum Hagenguth weiter verhandeln soll, begründete CSU-Sprecher Gerald Kurz mit der noch bis Ende Februar gültigen Absichtserklärung der Erben, an die Gemeinde verkaufen zu wollen. Bis dahin habe der Bürgermeister Zeit, den Auftrag umzusetzen, meinte Kurz. Hagenguth sah



„Das ist ein Trauerspiel“: Gemeinderat Struzena. F.Reger (A)

darin wenig Sinn, da die Gemeinde für den Erwerb erst noch zahlreiche Voraussetzungen erfüllen müsste und selbst dann eine Zustimmung des Landratsamtes nicht garantiert sei. CSU/FW hätten im November selbst lanciert, den Verkauf des Areals an einen Investor zu akzeptieren. Daher müssten sie jetzt auch die Umorientierung der Erben akzeptieren. „Wenn dies aber nicht in Frage kommt, sollte wenigstens zugestimmt werden, dass die Gemeinde eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Erwerb erfüllt, indem sie allen Kaufinteressenten die Möglichkeit gibt, Angebote zu unterbreiten“, sagte Hagenguth.

Dies lehnten CSU und FW grundsätzlich ab, da die Erben ausdrücklich nur mit dem Investor verhandeln wollten, der bei dem Umbau des Klosterwirtareals die Verantwortlichen des Münchner Hofbräuhauses mit ins Boot holen will. „Wir müssen den Willen des Verkäufers respektieren“, sagte Kurz. Wenn man versuche, mit Konzepten anderer Investoren Druck auf die Eigentümer auszuüben, missbrauche man die Planungshoheit der Gemeinde. Hagenguth betonte, dass man ihm nicht Untätigkeit vorwerfen könne. Es sei aber sinnlos, Investoren zum Verhandlungsgespräch ins Rathaus einzuladen im Wissen, dass das Ergebnis bei der knappen CSU/FW-Mehrheit im Gemeinderat auf Ablehnung stößt.